

Stellungnahme der Freien Wähler Albstadt zum Haushaltsplan 2012

Herr Oberbürgermeister, Herr Erster Bürgermeister Reger,
meine Damen und Herren,

die Haushaltsdebatten der Jahre 2009 und 2010 waren geprägt von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, und wie die meisten anderen Kommunen stand auch Albstadt aufgrund der dramatischen Steuereinbrüche mit dem Rücken zur Wand. Die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung waren drastisch und sind noch heute für viele Bürgerinnen und Bürger schmerzhaft spürbar.

Die finanzielle Ausgangslage hat sich aufgrund der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erfreulicherweise schneller erholt, als dies bei der Verabschiedung des letzten Haushalts abzusehen war. Auch wenn die Euro-Schuldenkrise Schatten wirft und weiterhin zur Vorsicht und Sparsamkeit mahnt, stimmen die durchgeführten oder geplanten Investitionen zahlreicher Albstädter Firmen und Betriebe sowie der Rückgang der Erwerbslosenzahlen optimistisch. Die Freien Wähler danken an dieser Stelle den Unternehmerinnen und Unternehmern für das Bekenntnis zum Standort Albstadt.

Nach diesen Vorüberlegungen möchte ich auf einige der im Vorbericht des Haushaltsentwurfs enthaltenen Eckdaten eingehen.

Nach der letzten Aktualisierung schließt das Haushaltsjahr 2011 mit einem ordentlichen Ergebnis von rund 2 Mio. € besser ab, als noch bei der Einbringung am 03. November geschätzt wurde. Der Haushalt ist somit ausgeglichen. Die Änderungen ergeben sich durch Zuweisungen vom Land als Auswirkung des Pakts für Familien und Kinder, auf den ich später noch eingehen werde. Verbesserungen im Finanzausgleich und der prognostizierte Anstieg der Gewerbesteuer auf über 25 Mio. € haben eine Erhöhung des Finanzierungsmittelbestands von 15 Mio. € auf 18 Mio. € bewirkt.

Die Ausgangsbasis für 2012 lässt also vorsichtigen Optimismus zu. Vor dem Hintergrund des Schuldenstands und der allgemeinen Finanzkrise ist jedoch die Fortsetzung des Konsolidierungskurses unabdingbar. Wir begrüßen zudem die von der Verwaltung vorgeschlagene Sondertilgung von Darlehen mit 4,5 Mio. €.

Wenn wir heute den Haushaltsentwurf beschließen, so sollten wir uns der Verantwortung für die kommenden Generationen bewusst sein. Dazu gehört auf der einen Seite gerade der Schuldenabbau, um die notwendigen Finanzierungsmittel für zukünftige Aufgaben zu haben. Dazu gehört auch, dass noch kritischer diskutiert wird, welche Prioritäten wir bei Investitionen setzen. Lassen Sie mich dazu einige Beispiele herausgreifen.

Mit Blick auf die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters zum Punkt Stadtplanung kann von tragfähigen Ansatzpunkten ausgegangen werden. Die gelungene Sanierung der Innenstadt von Ebingen wird fortgesetzt und mit einem Parkleitsystem ergänzt. 540.000 € sind für die Sanierungsmaßnahmen im Ottmatal vorgesehen.

Für den ersten Bauabschnitt im Kloster Margrethausen sind im Haushalt 800 000 € eingeplant.

Dazu kommen die Maßnahmen zur Verwertung der Gewerbebrache Amman & Drescher in Onstmettingen und der Abbruch des HAKA-Gebäudes in Tailfingen. Unter Sanierung sind dort für das Modellprojekt EULE 1,5 Mio. € eingestellt. Wie jedoch hinlänglich bekannt, muss dem Stadtteil Tailfingen künftig hohe Priorität zugeordnet werden. Deshalb sind kurzfristig die weiteren städtebaulichen Rahmenbedingungen von der Stadtverwaltung zu schaffen.

Gerade um allen Stadtteilen gerecht zu werden und um mehr Transparenz zu erreichen, fordern die Freien Wähler die Erstellung einer Prioritätenliste für die Gebäude- und vor allem für die Straßensanierung.

Nachhaltigkeit und Verantwortung für die folgenden Generationen beinhaltet auch und gerade die Auseinandersetzung mit ökologischen Fragen. Der Ausbau des ÖPNV mit der Einbindung des Schienennetzes, die Einrichtung eines zentralen Gebäudemanagements sowie die energetische Sanierung städtischer Immobilien sind dabei wesentliche Elemente. Herausgreifen möchte ich die geplanten Sanierungsmaßnahmen an der Realschule Ebingen und im Kindergarten Gärtnerstraße auf der Stiegel. Erfreulich sind dabei die günstigen Kredite aus KfW-Programmen. Allerdings sollte vor der weiteren Planung von Umbau- und Sanierungsmaßnahmen von Schulen erst abgewartet werden, welche Auswirkungen die aktuelle bildungspolitische Debatte auf unsere Schullandschaft haben wird.

Auch die Umsetzung des Masterplan Tourismus muss im Einklang mit den Interessen des Naturschutzes und weiterhin in enger Kooperation mit Forst und Vereinen erfolgen. Der große Erfolg der Premiumwege „Traufgänge“ hat sichtbare Auswirkungen. Erfreulich ist, dass es in Albstadt inzwischen 17 zertifizierte Betriebe im Gastronomiebereich gibt. Die Schaffung weiterer,

bedarfsgerechter Übernachtungsmöglichkeiten, vor allem auch in Form von Ferienwohnungen, ist erforderlich. Sichtbare Auswirkungen sind jedoch auch überfüllte Parkplätze – auch dieses Thema muss ebenso diskutiert werden wie die Integration neuer Mountainbike-Strecken und Loipen in das bestehende Wegenetz. Im Bereich Marketing sind Abstimmungen mit dem Kreis und anderen überregionalen Partnern anzustreben. An dieser Stelle vielen Dank, Herr Roscher, an Sie und Ihr Team für Ihren erfolgreichen Einsatz. Stellvertretend für die zahlreichen engagierten Albstädter Vereine danken wir dem Schwäbischen Albverein für die Mitarbeit bei der Pflege der Wanderwege.

Die demografische Entwicklung erfordert die Planung von Betreuungs- und Unterstützungsangeboten für ältere Mitbürger in Kooperation mit den Sozialstationen und anderen Trägern. Besonders der Bedarf an ambulanten Versorgungseinrichtungen wird steigen. Auch der Erhalt der wohnortnahen medizinischen Versorgung muss diskutiert werden.

Herr Oberbürgermeister, Herr Reger, Sie haben beide in Ihren Ausführungen zum vorliegenden Haushaltsplan die Veränderungen im Bildungsbereich als eine der größten kommunalen Herausforderungen in den kommenden Jahren bezeichnet. Positive Signale hat die neue Landesregierung mit dem Wiedereinstieg in die Finanzierung der Schulsozialarbeit zu einem Drittel bis zu 15 Mio. € jährlich und mit der Übernahme von 68% der Nettobetriebskosten beim Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren gesetzt. Diese Gelder, die teilweise bereits als Erträge im Ergebnishaushalt verbucht sind, sollten aber auch ihrer tatsächlichen Bestimmung zugeführt und nicht anderweitig „verbaut“ werden. Der bedarfsgerechte, qualifizierte Ausbau der Kleinkindbetreuung sowie die Sprachförderung sind die Grundlage für gerechtere Bildungschancen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die im November beschlossene Förderung für U-3 Kinder in der Kindertagespflege mit jeweils einem Euro pro Stunde für Tageseltern und Familien unterstützt diese gerade bei kleinen Kindern wichtige Betreuungsform. Auch die Schulsozialarbeit als niederschwelliges Präventionsangebot wird immer bedeutender werden und soll allen Schülern, Lehrern und Eltern an allen Albstädter Schulen zur Verfügung stehen.

Über die Auswirkungen der bildungspolitischen Entscheidungen und Vorhaben der neuen Landesregierung kann in vielen Bereichen nur spekuliert werden. So ist die Entwicklung aufgrund des Wegfalls der Verbindlichkeit der Grundschulpflichtempfehlung oder die optionale Einführung neunjähriger Gymnasialzüge für die Schulträger nicht absehbar. Ob die Probleme der Haupt- und Werkrealschulen mit der Einführung der Gemeinschaftsschule gelöst oder durch eine Umetikettierung nur verlagert werden, wird sich zeigen müssen. Eine

grundlegende Voraussetzung wird die Ausstattung mit finanziellen Ressourcen und den erforderlichen Lehrerstellen durch das Land sein.

Die Diskussion über die Gestaltung der Albstädter Schullandschaft hat jedenfalls schon begonnen und wird eine wesentliche Aufgabe der nächsten Jahre sein. Die Einführung der Inklusion wird die Diskussion nicht leichter machen. Änderungen im Bildungssystem sind jedoch dringend notwendig, und der Aufbruch bietet neue Chancen. Durch die demografische Entwicklung und den Fachkräftemangel ist diese Erkenntnis auch bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern angekommen, denn gut ausgebildete und qualifizierte Jugendliche werden die Basis für den Erhalt des Wirtschaftsstandorts Deutschland sein. Anstatt Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben, sollten wir vor Ort in Bildung investieren. Es geht aber nicht in erster Linie darum, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, weiche Standortfaktoren zu sichern oder die Schule im Ortsteil halten zu können. Ziel aller Planungen muss die Gestaltung eines Betreuungs- und Bildungsangebots in unserer Stadt sein, das den Bedürfnissen unserer Kinder und Jugendlichen entspricht. Ein erster Schritt ist mit der Einrichtung einer Arbeitsgruppe mit Vertretern aus unterschiedlichen Bereichen gemacht. Die notwendigen Investitionen müssen rechtzeitig eingeplant werden.

Schließlich erkannte schon John F. Kennedy: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“

Die Freien Wähler danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der Tochtergesellschaften für ihren Einsatz. Wir sehen mit Optimismus ins neue Jahr und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Führungsteam. Ihnen, Herrn Pannewitz, einen ganz besonderen Dank für die Erstellung und geduldige Erläuterung des Haushaltsplans.

Die Freien Wähler stimmen dem Haushaltsplan 2012 zu.

Es gilt das gesprochene Wort.

Manuela Heider
Stellvertretende Vorsitzende der Freien Wähler Albstadt

